

Berlin

Cyber-Angriff auf das Landesnetz

[19.08.2026] Nach einem IT-Vorfall wurden zwei Berliner Senatsverwaltungen vom Landesnetz getrennt und sind offenbar weitgehend arbeitsunfähig. Wohngeld-Auszahlungen könnten sich verzögern, Online-Anträge auf Briefwahl sind wegen der laufenden Sicherheitsanalysen derzeit nicht möglich.

Bereits am Montag berichtete das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin von einem IT-Vorfall, von dem zwei Senatsverwaltungen betroffen seien. Es habe sich „eine Inkriminierung des Landesnetzes Berlin ergeben“, heißt es in der recht knappen Meldung, die gängige Termini wie „Cyberattacke“ oder „Hackerangriff“ ausspart und auch sonst „aus ermittlungstaktischen Gründen“ nur wenig konkrete Informationen zu Ausmaß und Hintergründen gibt.

Fest steht, dass bereits vergangenen Freitag die [Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen](#) sowie die [Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt](#) aus Sicherheitsgründen vom [Berliner Landesnetz](#) (BeLa) isoliert wurden. Die erforderlichen Maßnahmen zur Absicherung dieses wichtigen Kommunikationsnetzes seien umgehend veranlasst worden. Beteiligt sind nach Angaben des Landes Berlin auch das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaft Berlin und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Senatsverwaltungen im Kommunikations-Lockdown

Seit Montag gibt es zudem einen IKT-Notfallkrisenstab unter Leitung des Landesbevollmächtigten für Informationssicherheit des Landes Berlin, der die weiteren Absicherungsmaßnahmen und laufenden forensischen Untersuchungen koordiniert. Die Sicherheit des Landesnetzes habe dabei oberste Priorität. Das in Teilen vom ITDZ betriebene Landesnetz ist eine Highspeed-Datenraster für die Kommunikation in der Hauptstadtverwaltung, die etwa 600 Standorte verbindet. Darunter sind neben der Verwaltung unter anderem auch Gerichte, Wissenschaftsstandorte wie die Charité, die Polizei und die Feuerwehr. Ob und in welchem Ausmaß das wichtige Datennetz betroffen ist, ist derzeit unklar. Nach Informationen des [Rundfunks Berlin-Brandenburg \(rbb\)](#) sind aber wohl beide betroffene Senatsverwaltungen derzeit nicht arbeitsfähig. Der Mailkontakt nach außen sei gekappt, nur Telefon, SMS und Fax nutzbar, zitiert der Sender Betroffene. Die Konsequenzen für Berlinerinnen und Berliner dürften schon bald spürbar werden: So berichten der Berliner [Tagesspiegel](#) und der rbb, dass damit die Auszahlung von Wohngeld an über 50.000 Haushalte in Gefahr sei. Für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 20. September 2026 könnten Briefwahlanträge derzeit nur per Brief, nicht aber online, gestellt werden. Der Grund dafür liegt nach rbb-Informationen aber nicht im Angriffsgeschehen, sondern darin, dass die laufenden umfangreichen Sicherheitsanalysen selbst viel Netzleistung in Anspruch nehmen und so Performanceprobleme verursachen.

()

Stichwörter: IT-Sicherheit, Berlin